



Liebe Genossinnen und Genossen,

die Anschläge in Paris haben Europa und die Welt erschüttert. Es ist wichtig und richtig, dass überall in Europa Menschen ihre Solidarität und ihren Widerstand gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit zeigen. Im Saarland ruft das Bündnis „Bunt statt Braun. Gemeinsam für Verständigung, Menschenrechte und Demokratie“ zu regelmäßigen Demonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit auf.

Diese und weitere Themen findet Ihr in meinem neuen Newsletter. Viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Jo Leinen



## NEUES AUS EUROPA

Und der Großregion SaarLorLux

No. 1/15, Januar 2015

### Themen

#### Aktuelle Themen in der Europapolitik

Europäisches Parlament gedenkt der Anschläge in Paris

PKW-Maut: Mit dem Kopf durch die Wand

Wechsel von der italienischen zur lettischen EU-Ratspräsidentschaft

#### Meine Arbeit im Europäischen Parlament

Umweltausschuss (ENVI): Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen - Deutschland darf endlich selbst entscheiden

Umweltausschuss (ENVI): Ölsand - Abstimmung über neue EU-Vorschriften zur Kraftstoffqualität

Arbeitsprioritäten der Europäischen Kommission für 2015

Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten

#### News aus der Großregion SaarLorLux

Kein Platz für Fremdenfeindlichkeit im Saarland – Anti-Saargida-Demonstration

Ja zum Meister im saarländischen Handwerk

#### Besuchergruppen im Europäischen Parlament in Straßburg

### Europäisches Parlament gedenkt der Anschläge in Paris

Zu Beginn der Plenarwoche im Europäischen Parlament in Straßburg haben wir mit einer Schweigeminute im Plenarsaal der Opfer der Terroranschläge in Paris gedacht. Die Ermordung der Journalisten und Karikaturisten von Charlie Hebdo ist ein Anschlag auf die Seele Europas. Ziel der Mörder ist es, die freie Meinungsäußerung in Europa zu zerstören. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass überall in Europa Menschen ihre Solidarität und ihren Widerstand gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit zeigen. Diese Herausforderung verdeutlicht, dass Europa mehr ist als ein großer Markt und eine einheitliche Währung.

Die Seele Europas ist eine Wertegemeinschaft mit Demokratie und Freiheit. Diese Werte müssen sowohl gegen Tendenzen zum übersteigerten Nationalismus wie auch gegen Kräfte des religiösen Fanatismus verteidigt werden.

### PKW-Maut: Mit dem Kopf durch die Wand

Bei der beschlossenen PKW-Maut wird die Bundesregierung eine krachende Niederlage erleben. Die Diskriminierung zwischen inländischen und europäischen Autofahrern bei der Straßenbenutzungsgebühr ist mit dem Europarecht unvereinbar. Mit dem Kabinettsbeschluss will die Bundesregierung mit dem Kopf durch die Wand, nur um eine populistische Forderung aus dem bayrischen Landtagswahlkampf zu erfüllen. Über so viel Starrsinn kann man nur den Kopf schütteln. Diese PKW-Maut wird spätestens am Einspruch der Europäischen Kommission oder an einer Klage von Nachbarländern vor dem Europäischen Gerichtshof scheitern.

Die teuren Kurzzeitvignetten sind eine indirekte Diskriminierung der EU-Ausländer und auch Gift für die Großregion SaarLorLux. Wenn an der Grenze ein Wegzoll abgeknöpft wird, werden es sich viele Menschen in Zukunft dreimal überlegen, ob sie zum Einkaufen ins Saarland fahren. Eine nationale PKW-Maut behindert das Zusammenwachsen der Grenzregion. Jetzt sollte über ein europaweites Mautsystem nachgedacht werden, um die nötigen Mittel für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur zu sichern und den Maut-Flickenteppich in der EU zu beseitigen.

## Wechsel von der italienischen zur lettischen EU-Ratspräsidentschaft

Lettland hat zum 01.01.2015 von Italien die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die lettische Premierministerin Laimdota Straujuma war zu Gast im Europäischen Parlament in Straßburg und stellte die Prioritäten der lettischen EU-Ratspräsidentschaft vor. Wettbewerbsfähig, digital und international stark: Mit diesen Worten beschrieb sie die Ziele der Präsidentschaft. Nach den terroristischen Anschlägen auf Frankreich sei es außerdem besonders wichtig, europäische Werte zu verteidigen. Sie betonte auch, dass sie Investitionen und Wirtschaftswachstum sowie den Ausbau des digitalen Binnenmarkts unterstützen werde.

## Meine Arbeit im Europäischen Parlament

### Umweltausschuss (ENVI): Ölsand - Abstimmung über neue EU-Vorschriften zur Kraftstoffqualität

Während der Plenarwoche im Dezember haben sich die Konservativen im Europäischen Parlament für einen Gesetzesvorschlag der EU-Kommission eingesetzt, der die Umweltbilanz der umstrittenen Ölsande und Schieferöl stark verzerrt. So werden den Rohstoffen unverdiente Vorteile auf dem europäischen Markt eingeräumt. Es ist ein gefährlicher Präzedenzfall, wenn eine Parlamentsmehrheit die Abschwächung von Umweltstandards wegen bilateraler Abkommen zulässt. Der Vorschlag der Europäischen Kommission ignoriert ihre eigene Folgenabschätzung. Da fragt man sich, wie das in die Agenda der sogenannten besseren Gesetzgebung passt.

Laut der Richtlinie zur Kraftstoffqualität müssen Sprit-Produzenten die Treibhausgas-Emissionen während des gesamten Lebenszyklus ihrer Kraftstoffe von 2010 bis 2020 um sechs Prozent verringern. Wir kritisieren den vorliegenden Vorschlag der EU-Kommission in erster Linie für die undifferenzierte Berechnungsmethode, mit der saubere und dreckige Kraftstoffe nicht mehr ausreichend voneinander unterschieden werden können.

### Umweltausschuss (ENVI): Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen – Deutschland darf endlich selbst entscheiden

Im Januar haben wir beschlossen, dass EU-Länder den Anbau von GVO-Pflanzen (genetisch veränderte Organismen) in ihrem Hoheitsgebiet einschränken oder verbieten dürfen, auch wenn diese auf EU-Ebene zugelassen bleiben. Damit steht auch in Deutschland einer gentechnikfreien Landwirtschaft europarechtlich nichts mehr im Weg.

Uns Sozialdemokraten wäre ein europaweites Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen sehr viel lieber gewesen. Allerdings hat sich das Parlament angesichts des enormen Widerstandes unter den Mitgliedstaaten selbst diesen Kompromiss mühsam erkämpfen müssen.

Wichtigster Punkt der neuen Richtlinie ist die sogenannte Ausstiegsklausel. Bislang können nationale Regierungen von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit zugelassenes GVO-Saatgut nur einschränken, indem sie von einer zeitlich begrenzten Schutzklausel Gebrauch machen. Das hat in der Vergangenheit aber zu sehr viel Rechtsunsicherheit geführt. Ein neues Zulassungsverfahren soll dem nun ein Ende setzen.

### Arbeitsprioritäten der Europäischen Kommission für 2015

Während der letzten Plenarwoche im Januar haben wir eine Resolution zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2015 verabschiedet. Seine Pläne hatte das neue Team von Präsident Jean-Claude Juncker bereits im Dezember vorgestellt. Es ist nicht akzeptabel, dass das Kreislaufwirtschafts- sowie das Luftreinhaltepaket gestrichen werden sollen. Auch die soziale Dimension fehlt in dem Arbeitsprogramm leider völlig.

Wir drängen deshalb in der Resolution zu mehreren Änderungen des Kommissionsprogramms. Gerade im Hinblick auf die hohe Arbeitslosigkeit in Europa, die steigende Armut und weitere soziale Einschnitte erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht, dass die EU diese Probleme angeht. Die EU-Kommission muss dringend die wachsende Ungleichheit in den Mitgliedstaaten bekämpfen – und das ist nur mit konkreter Sozialpolitik möglich.

Wir Sozialdemokraten erwarten von der Europäischen Kommission außerdem, den Kampf gegen die milliardenschwere Steuerhinterziehung und -vermeidung zum Mittelpunkt ihres Arbeitsprogramms für 2015 zu machen. Die Aufdeckungen um die sogenannten Luxemburg-Leaks bestätigen, dass große Wirtschaftsprüfungsgesellschaften Konzerne dabei unterstützen, Steuerzahlungen mit Erlaubnis von Finanzbehörden in Europa teils drastisch zu senken. Dem ehrlichen Steuerzahler in der Europäischen Union gehen jährlich eine Billion Euro durch Steuerhinterziehung und Steuerflucht verloren.

Die Kommission sollte Gesetzgebungsvorschläge zu folgenden Punkten vorlegen:

1. Definition von Steueroasen sowie Maßnahmen zu deren Schließung.
2. Die Verpflichtung, Gewinne und Steuerzahlungen Land für Land offenzulegen, auf alle Konzerne auszuweiten. Eine solche Regelung ist bereits ab 2015 auf unseren Druck hin für alle Finanzinstitute vorgesehen.
3. Steuerbetrug begünstigenden Banken muss die Lizenz entzogen werden.

4. Maßnahmen gegen Mehrwertsteuerbetrug müssen ergriffen werden.

### Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten

Im Dezember haben wir die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly wiedergewählt. Die Irin ist seit Oktober 2013 im Amt. "Ich bin hochofregut, dass ich als Europäische Ombudsfrau wiedergewählt wurde und danke dem Europäischen Parlament für die parteiübergreifende Unterstützung. Die Arbeit, die ich im Oktober 2013 begann, geht nun weiter. Ich möchte meine strategischen Ziele verwirklichen und die Qualität der EU-Verwaltung im Interesse aller Europäer verbessern", sagte O'Reilly nach der Abstimmung. Die Europäische Bürgerbeauftragte nimmt Beschwerden zu den EU-Institutionen von Unionsbürgern, Einwohnern der EU-Mitgliedstaaten, Unternehmen und Vereinen mit Sitz in der EU entgegen.

## News aus der Großregion SaarLorLux

### Kein Platz für Fremdenfeindlichkeit im Saarland - Anti-Saargida-Demonstrationen

Am 12. Januar 2015 habe ich an der Demonstration des Bündnisses „Bunt statt Braun. Gemeinsam für Verständigung, Menschenrechte und Demokratie“ in Saarbrücken teilgenommen. Nach dem Terrorakt in Paris erhalten die Demonstrationen in etlichen deutschen Städten eine neue Bedeutung. Es ist zu hoffen, dass sich jetzt noch viel mehr Bürgerinnen und Bürger zu einer Vielfalt in Stadt und Land bekennen. Die Anschläge von Paris sind sowohl ein Stresstest für die Verteidigung der Freiheit wie auch eine Bewährungsprobe für das demokratische Miteinander in unserer Gesellschaft.

Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit haben in Europa keinen Platz, denn Europa lebt von Toleranz, Vielfalt und Solidarität. Es ist erschreckend und tatsächlich eine Schande für das Saarland, dass nun auch hier eine rechtspopulistische Bewegung Zulauf erhält.

Es ist offensichtlich, dass hinter den Pegida-Protesten ausländerfeindliche und rechtsradikale Gruppierungen stehen, die sich nun den Anstrich einer breiten Bürgerbewegung geben wollen. Die Politik muss jetzt eine klare Sprache gegen diese fremdenfeindlichen Kräfte finden. Besonders das Saarland mit seiner Lage in der Großregion SaarLorLux muss mit einer Willkommenskultur vorangehen und als Vorbild für ein Miteinander unterschiedlicher Kulturen dienen.

## Ja zum Meister im saarländischen Handwerk

Der Meisterbrief im Handwerk schafft die Grundlage für eine gute Betriebsführung und die Fähigkeit zur Ausbildung junger Menschen. Er darf nicht auf dem Altar eines zügellosen europäischen Binnenmarktes geopfert werden. Ich fordere, den Meisterbrief im Handwerk zu erhalten und rufe die Europäische Kommission auf, die ständigen Attacken auf das deutsche Ausbildungssystem in Handwerksberufen einzustellen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sollten sich die Handwerksbetriebe verstärkt um Jugendliche aus Einwanderer- und Flüchtlingsfamilien bemühen. Aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa sollten auch Jugendliche aus den Nachbarregionen, besonders aus Lothringen, für das Handwerk im Saarland gewonnen werden.

## Besuchergruppen im Europäischen Parlament in Straßburg



*ASF Saarland*



*IG BCE Michelin Homburg*





*Gesamtschule Riegelsberg*



*Edith-Stein-Schule Neunkirchen*



## Kontakt

*Europa-Büro Jo Leinen*

Talstraße 58

D-66119 Saarbrücken

[europa-buero@joleinen.de](mailto:europa-buero@joleinen.de)

Tel. 0681-5891331

Fax. 0681-5891332

*Im Internet*

[www.joleinen.de](http://www.joleinen.de)

[www.spd-europa.de](http://www.spd-europa.de)

[www.europarl.de](http://www.europarl.de)

 [facebook](#)

*MitarbeiterInnen:*

Marlene Lehmann

Michael Bachmann

Petra Müller-Jost